

■ Studienplätze zum Discountpreis?

Die Bund-Länder-Kommission (BLK) hat den „Hochschulpakt 2020“ gebilligt. Doch den Hochschulen reichen die finanziellen Zusagen nicht aus.

Für die nächsten Jahre befürchten die Hochschulen eine steigende Zahl von Studienanfängern, da besonders geburtenstarke Jahrgänge an die Unis drängen. Zusätzlich dürfte sich die Situation durch doppelte Abiturjahrgänge verschärfen, die sich durch die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre ergeben. Den drohenden Engpässen wollen Bund und Länder mit dem „Hochschulpakt 2020“ begegnen. Dessen Eckdaten haben die Wissenschaftsminister bei der Sitzung der Bund-Länder-Kommission Ende April gebilligt. Demnach sollen in einer ersten Ausbaustufe bis 2010 über 90 000 zusätzliche Studienplätze für die geburtenstarken Jahrgänge geschaffen werden.

Dafür stellen Bund und Länder je 565 Millionen Euro zur Verfügung. Dem Hochschulpakt müssen jetzt allerdings noch die Regierungschefs von Bund und Ländern zustimmen. „Wir brauchen eine Ausbildungs-offensive an den Hochschulen, denn wir brauchen in Zukunft mehr und noch besser ausgebildete Hochschulabsolventen“, sagte der BLK-Vorsitzende Jürgen Zöllner.

Kritik am Hochschulpakt kam jedoch gleich vonseiten der Hochschulen. Die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) erklärten auf ihrer Sitzung am 4. Mai, dass sie das Vorhaben für unterfinanziert halten. Sie kritisieren, dass pro Studienplatz und Jahr nur 5500 Euro angesetzt wurden. Die HRK beziffert die tatsächlichen Kosten jedoch auf durchschnittlich 7300 Euro. Das kann je nach Studienfach und Hochschulart deutlich schwanken. Zudem würden selbst bei veranschlagten 5500 Euro die bewilligten 1,13 Milliarden Euro den Finanzbedarf für 90 000 neue Studienplätze nur bis 2010, aber nicht bis zum Ende des Studiums dieser Anfänger decken. Dafür wären rund 2 Milliarden Euro nötig. Für die Zeit nach 2010 müssen Bund und Länder jedoch neu verhandeln.



TU Berlin/Eike Weiß

Den Universitäten drohen in den nächsten Jahren durch die geburtenstarken Jahrgänge überfüllte Hörsäle. Mit dem Hochschulpakt wollen Bund und Länder die Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze sicherstellen.

Die HRK fordert daher die Ministerpräsidenten auf, ihrer im Hochschulpakt festgelegten Verpflichtung nachzukommen und sicherzustellen, dass die gesamte Ausbildung der zusätzlichen Studienanfänger beim Kostensatz von 5500 Euro finanziert ist. Zudem sollten Bund und Länder bereits jetzt Verpflichtungserklärungen zur Weiterfinanzierung ab 2010 geben. Besonders wichtig sei Planungssicherheit, wenn es darum gehe, zusätzliches Lehrpersonal einzustellen. Da wissenschaftliche Mitarbeiter für einen Zeitraum von fünf Jahren und Professoren sogar auf Lebenszeit angestellt würden, müsste auch deren Gehalt garantiert sein. Im Zusammenhang mit den erforderlichen höheren Lehrkapazitäten wird seit geraumer Zeit die Position des Lecturers diskutiert, der sich hauptsächlich der Lehre und weniger der Forschung widmet.⁺⁾

Doch droht wirklich ein Studentenberg? Neuere Daten des Hochschul-Information-Systems (HIS) zeigen auch einen gegenläufigen Trend. Anders als prognostiziert gingen zum Wintersemester 2006/2007 jetzt im dritten Jahr in Folge die Anfängerzahlen an den Hochschulen zurück. Nicht wenige

führen für ihren Studienverzicht auch finanzielle Gründe an.

Wer mehr Studenten wolle, betonte der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Rolf Dobischat, müsse nicht nur für mehr Personal an den Hochschulen sorgen, sondern auch die materiellen Voraussetzungen für ein Studium schaffen. So sei aus Sicht des Bafög-Beirates der Bundesregierung eine Bafög-Erhöhung von 10,3 Prozent für 2007 angesichts der gestiegenen Preise für Mieten und Lebensmittel überfällig.

Immerhin scheint mittlerweile Bewegung in die stagnierende Bafög-Diskussion gekommen zu sein. So verspricht die SPD eine Mittelaufstockung von 290 Millionen Euro. „Für uns ist ganz klar, dass wir eine Bafög-Erhöhung durchsetzen werden“, erklärte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck. Doch unklar bleibt, ob dies in Einklang mit den Plänen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (CDU) zu bringen ist, der den Bundeshaushalt konsolidieren möchte.

Wie es scheint, enthält die einfache Formel „mehr Geld für mehr Studierende“ also noch viele Unbekannte.

Alexander Pawlak

+) Physik Journal, November 2006, S. 23; März 2007, S. 7